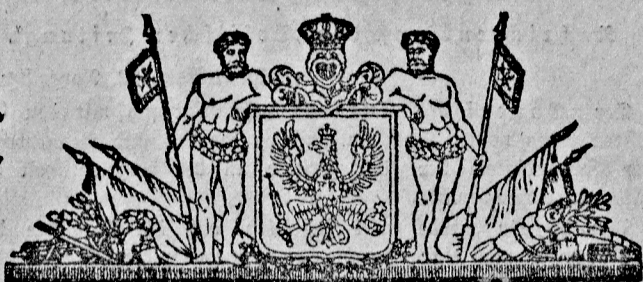


Wossische



Zeitung

Gegründet

1704

100 Milliarden

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 8600 - 3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 8636 - 3695. Telegramm. Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Stresemanns Reichstagsrede.

Keine Störung der Sitzung.

Ueber den Reichstag ist heute eine Art Ausnahmezustand verhängt. Nur zwei Portale sind geöffnet und diese beiden Eingänge durch Schutzpolizei und Beamte des Reichstages besonders bewacht und gesichert. In den letzten Monaten ist die Kontrolle an dem für die Abgeordneten bestimmten Portal 2 bereits sehr scharf gewesen, um zu verhindern, daß nicht besonders von Abgeordneten eingeladene oder legitimierte Personen ohne weiteres in die Wandelhalle des Reichstages gelangen können.

Heute ist die Kontrolle verstärkt worden wegen des Falles Kemmele. Der kommunistische Abgeordnete, der in der letzten Sitzung vom Reichstagspräsidenten für die Dauer von 20 Sitzungstagen ausgeschlossen und dem das Betreten des Reichstagsgebäudes während dieser Zeit verboten worden ist, sollte am Betreten des Hauses verhindert werden, damit nicht wieder die Sitzung unterbrochen werden muß. Um die Mittagsstunde machte auch tatsächlich Abg. Kemmele den Versuch, in das Haus zu gelangen. Mehrere kommunistische Abgeordnete hatten ihn in die Mitte genommen und versuchten ihn so durch das Portal 2 in das Haus zu bringen. Die Beamten des Reichstages aber, die besondere Instruktionen hatten, packten scharf auf. Als sie den Reichstagspräsidenten aufmerksam und erklärten, den Auftrag zu haben, ihn am Betreten des Reichstagsgebäudes zu verhindern, Abg. Kemmele verfuhr nicht gewalttätig einzudringen, sondern entfernte sich. Im Zusammenhang mit dem Fall Kemmele wird auch im Innern des Reichstagsgebäudes eine viel schärfere Kontrolle der Eintrittskarten und Legitimationen geübt, als es sonst der Fall ist.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr und leitet sie mit der Mitteilung ein, daß er den Abgeordneten Kemmele wegen der wiederholten Weigerung, den Sitzungssaal zu verlassen, für 20 Sitzungstage ausgeschlossen hat. Die Kommunisten rufen bei dieser Mitteilung „Unerschrocken“, die Rechtsparteien „Bravo“.

Präsident Löbe verkündet weiter, daß er für diese ganze Dauer des Ausschusses dem Abgeordneten Kemmele auch den Zutritt zum Reichstag verboten hat. Er werde in Zukunft als eine gräßliche Verletzung der Ordnung jede Behinderung des Präsidenten oder eines Redners, ferner jede Gewalttätigkeit mit dem Ausschluß aus der Sitzung ahnden. Für die Meldung zur Geschäftsordnung soll jeder Redner in Zukunft seinen Antrag nur kurz begründen. Die Erklärung des Präsidenten wird vom ganzen Hause mit Beifall aufgenommen.

Die Kommunisten verhalten sich auffallend ruhig; außer ein paar Zwischenrufen machen sie keinen Versuch, sich in der gewohnten Weise zu betätigen. Es erfolgt dann unmittelbar Übergang zur Tagesordnung. Das Wort erhält der Reichskanzler.

Dr. Stresemann spricht diesmal von der Rednertribüne des Hauses. Er leitet seine Ausführungen ein mit der Erklärung, daß aus der Tatsache, daß der Reichskanzler die politische Debatte nicht mit einer Regierungserklärung eröffnet habe, nicht auf die Absicht der Regierung geschlossen werden dürfe, sich der Vertrauensfrage zu entziehen. Im Gegenteil, die Reichsregierung suche die Entscheidung und habe dies vor der Plenarsitzung im Vorkommensauschuß deutlich genug zum Ausdruck gebracht.

Der Reichskanzler geht dann auf die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Wels in der vorigen Sitzung ein. Der französische Ministerpräsident habe vor kurzem die deutsche Regierung auf die radikalen Tendenzen nationalisierender Art aufmerksam gemacht. Es sei nicht zu leugnen, daß in der Bevölkerung die Neigung zum Extremismus bestehe. Die Schuld daran aber trage die Politik der französischen Regierung. Die Kommunisten ziehen ihre Stütze aus dem sozialen Elend, die Rechtsradikalen aus den fortwährenden nationalen Demütigungen. Es liege in der Hand der französischen Regierung, diesen rechtsradikalen Tendenzen den Boden zu entziehen durch eine Aenderung ihrer Politik gegenüber Deutschland.

Ich habe, als ich als Abgeordneter einmal von dieser Stelle sprach, gesagt, daß stets eine Diskrepanz bestehen wird bei jedem Außenminister, der ein ohnmächtiges Volk zu vertreten hat, gegen den Siegerwunsch Frankreichs. Die Grundlagen der heutigen Entwicklung Deutschlands, die — es wäre töricht, das zu leugnen — zu den Extremen treibt, — sind entscheidend bestimmt durch die Haltung Frankreichs.

Die Unterbrechungen durch die Kommunisten steigern sich bei dieser Stelle der Rede Dr. Stresemanns derart, daß der Präsident eingreift und den Abg. Höllein zur Ruhe mahnt. Als erneute Ruhe „Das Parlament hat es herrlich weit gebracht“ zur Rednertribüne heraufschallen, wendet sich Dr.

Die Beschlüsse des Kabinetts.

Abbau des Ausnahmezustands / Keine Preisgabe von Rhein und Ruhr. / Die bayerische Frage.

Die Sozialdemokraten wollen nach der heutigen Plenarsitzung in einer Fraktionsitzung sich auf Grund der Erklärungen des Reichskanzlers darüber schlüssig werden, ob sie einen eigenen — motivierten oder unmotivierten — Misstrauensantrag einbringen oder nicht. Der Reichskanzler hat erklärt, daß er sich nicht damit zufrieden geben würde, daß drei verschiedene Misstrauensanträge mit verschiedenen Minderheiten abgelehnt würden. Er will, wie man im Reichstag hört, eine klare Entscheidung herbeiführen, sobald nicht nur von den Deutschen, sondern auch von den Kommunisten, sondern auch von den Sozialdemokraten ein Misstrauensvotum beantragt wird. Er wird in diesem Falle die Vertrauensfrage stellen und veranlassen, daß von den Mittelparteien ein Vertrauensantrag eingebracht wird, über den dann namentlich abgestimmt werden soll.

Die Sozialdemokratie aber will ihren Beschluß davon abhängig machen, welche Erklärungen der Reichskanzler in der Frage des militärischen Belagerungszustandes, über die Rhein- und Ruhrpolitik und über den Konflikt mit Bayern abgibt. In den Vordergrund aber stellt sie ihre Forderung nach Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes. Die Mitteilungen über die Enthebung der sozialdemokratischen Regierungskommissare in Sachsen haben die Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion noch erheblich verschärft. Die Sozialdemokraten wollen die Zusicherung, daß innerhalb einer bestimmten Frist der Belagerungszustand aufgehoben wird. Für den Abbau des militärischen Ausnahmezustandes haben sich gestern auch die Parteien der Arbeitsgemeinschaft, deren Führer eine Besprechung mit dem Reichskanzler hatten, ausgesprochen. Ihren Wünschen würde es entsprechen, wenn der militärische Ausnahmezustand zum mindesten durch einen zivilen abgelöst würde. Die Reichsregierung hat sich diesen Wünschen gegenüber, soweit man hört, nicht unbedingt ablehnend verhalten. Auch ist sie der Meinung, daß der militärische Ausnahmezustand in der nächsten Zeit abgebaut und für jene Gebiete des Reiches aufgehoben werden kann, in denen rechtsradikale oder kommunistische Umtriebe größeren Umfangs nicht zu besorgen seien.

Stresemann temperamentvoll zu den Kommunisten und wirft ihnen entgegen: „Ja, das Parlament hat es herrlich weit gebracht durch die Art, wie Sie es diskreditieren. An der Spitze der Konstitution muß die Achtung des Parlaments vor sich selber stehen!“

Dr. Stresemann fährt fort: Der Abg. Wels hat recht, die innere Lage Deutschlands ist trübselig, und ich bekenne, ich sehe keinen Weg, sie zu bessern. (Unterbrechung durch die Kommunisten. Dr. Stresemann zu den Kommunisten: „Meine Herren! Wissen Sie einen Weg, sie zu bessern, so halten Sie bitte damit nicht zurück, sondern sagen Sie uns, welchen Weg Sie führen wollen!“) Aber Dr. Hertz ist inkonsequent, aus seiner richtigen Betrachtung der innerpolitischen Dinge nicht die außenpolitischen Folgerungen zu ziehen. Die diplomatische Lage hat sich gebessert, so sagen sogar die Deutschenationalen, aber sie sprechen der Regierung das Verdienst daran ab.

Man kann uns fragen: Wieso habt ihr mit Frankreich verhandelt? Wart ihr euch nicht der Ausichtslosigkeit dieser Verhandlungen mit Frankreich bewußt? Aber es ist darauf zu erwidern, selbst wenn wir uns der Ausichtslosigkeit der Verhandlungen bewußt waren, so mußte der Versuch, solche Verhandlungen zu führen, dennoch gewagt werden.

Rhein und Ruhr sind viel zu wichtig, als daß wir nicht die letzte Möglichkeit erschöpfen mußten, sie zu retten. Ich war durchaus nicht im grundlosen Optimismus befangen, wie man es mir oft vorwirft. Bei der Aufgabe des passiven Widerstandes habe ich direkt gewarnt vor Optimismus, vor der illusionistischen Einstellung, mit der Aufgabe des passiven Widerstandes beginne die bessere Zeit. Wir haben all Möglichkeiten erschöpft, die Aufgabe des passiven Widerstandes mit Gegenleistungen der anderen Seite zu verbinden. Man wirft uns Planlosigkeit vor, aber nur von jener Seite, die unsere Pläne, die wir hatten, nicht kennt.

Daß von deutscher Seite der richtige Zeitpunkt für die Ausnützung der materiellen und ideellen Momente, die der passive Widerstand entleert, versäumt worden sei, erklärt der Reichskanzler für außerordentlich bedauerlich. Seine Regierung habe den Versuch einer dauernden Lösung des Reparationsproblems gemacht und habe über den Versailler Vertrag hinaus die Sachgüter als Garantie für die Leistungen angeboten. Vielleicht werde

es noch möglich sein, diese Sachwerte auszunutzen auf einer Konferenz der Sachverständigen, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen soll.

Der Reichskanzler begrüßt das Interesse der Vereinigten Staaten an dem Zustandekommen einer solchen Konferenz. Sie ergebe sich daraus, daß die deutsche Frage eine weltwirtschaftliche Frage sei. So wie Deutschland in Gefahr sei, an der Rhein- und Ruhrwunde zu verbluten, so könne Europa an der offenen Wunde verbluten, die jetzt Deutschland an seinem Körper ist. Der Versuch, eine stabile Währung zu schaffen, sei ein Beweis dafür, daß es nicht das Ziel Deutschlands sei, ein wirtschaftliches Dumping zu treiben. Die Trostlosigkeit unserer Verhältnisse ist jetzt so offenbar geworden, daß sie in keinem anderen Lande der Welt mehr gelehrt werden könne und aus der Erkenntnis heraus, was ein verarmtes Deutschland, was ein an der deutschen Wunde leidendes Europa für die gesamte Welt bedeutet, haben sich die Anzeichen für jede neue Konstellation, in der England, die Vereinigten Staaten und Italien und bis zu einem gewissen Grade auch Belgien sich zusammenfinden.

Herzlichen Dank allen, die sich der deutschen Not angenommen haben. (Allgemeines Bravo.) Was in Skandinavien, was in Spanien, was in Amerika geschehen ist, verpflichtet uns zu herzlichem Dank, vor allem, was die Deutschamerikaner geleistet haben. Was in Deutschösterreich aber an Hilfsbereitschaft sich gezeigt, vor allem um den geistigen Kräften Deutschlands zu helfen, das müssen wir besonders dankbar anerkennen. Bundeskanzler Dr. Sempel und die Abgeordneten Otto Bauer und Dinghofer haben zu uns so gesprochen, daß ihre Worte, mögen wir auch staatlich getrennt sein, das Echo finden, das ein Bruder beim andern findet. (Lebhaftes Bravo!)

Wir haben angenommen, daß nach dem Abbruch des passiven Widerstandes Verhandlungen von Regierung zu Regierung beginnen würden, und wir hatten, das betone ich, ein Recht gehabt, dies anzunehmen, denn es war offiziell und feierlich gesagt worden, 24 Stunden nach dem Abbruch des passiven Widerstandes werde von Regierung zu Regierung über alle Punkte ohne Ausnahmen verhandelt werden.

Um sich dem zu entziehen, hat man nun die Fiktion aufgestellt, der passive Widerstand sei gar nicht aufgehoben worden, und man

Um sich dem zu entziehen, hat man nun die Fiktion aufgestellt, der passive Widerstand sei gar nicht aufgehoben worden, und man

Um sich dem zu entziehen, hat man nun die Fiktion aufgestellt, der passive Widerstand sei gar nicht aufgehoben worden, und man